

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die «*New York Herald Tribune*» (Pariser Ausgabe) veröffentlichte in ihrer Nummer vom 14. Dezember einen aufschlußreichen Artikel über die versteckte Wühlbarkeit der amerikanischen kommunistischen Partei, die diese auch nach der Verurteilung der elf Kommunistenführer fortsetzt. Nach dieser Verurteilung war es der Partei verboten, öffentlich zur Gewaltanwendung und zum revolutionären Umsturz aufzufordern mit dem Ziel, das der amerikanische Kommunist Peters in seinem Buch «Die kommunistische Partei» angibt: «Errichtung einer sozialistischen Sowjetrepublik in den Vereinigten Staaten». Die Kommunisten schritten daher zu einer anderen Taktik: Im November 1950 gaben sie einen «Diskussionsführer» heraus, der beiläufig auf eine «Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion» hinweist. Diese «Kurze Geschichte» ist jedoch das 364 Seiten starke Standardwerk der kommunistischen Theorie und Praxis, und es wird den amerikanischen Kommunisten dringend angeraten, das «klassische Werk» zu studieren, um «ein tieferes Verständnis und Klarheit über die Parteiziele in der gegenwärtigen Zeit zu erlangen». Diese «Bibel der Kommunisten» enthält nämlich u. a. auch Anweisungen, wie man in «Zeiten der Reaktion die illegale Partei organisiert und stärkt», wie man «von legalen Gelegenheiten Gebrauch macht, um die Beziehungen der Partei zu den Massen zu stärken». — Auch in den USA wenden also die Kommunisten die bekannte Methode an, mit angeblich legalen Organisations- und Agitationsformen die illegale revolutionäre Bewegung zu tarnen und fortzusetzen.

Ein amerikanischer Geschäftsmann berichtet in der «*New York Herald Tribune*» (Pariser Ausgabe) vom 14. Dezember über seine kürzliche Deutschlandreise: wiederholt hätten Deutsche die Meinung geäußert, sie seien nicht gewillt, unter General Eisenhower zu kämpfen, der es «im letzten Krieg den Russen absichtlich erlaubt habe, Berlin, Wien und Prag einzunehmen, obwohl er mit seinen Armeen ungehindert von den Deutschen in diese wichtigen westeuropäischen Hauptstädte hätte einmarschieren können und dadurch das allmähliche Anwachsen der gewaltigen russischen Bedrohung des Friedens während der vergangenen fünf Jahre hätte verhindern können».

Das in New York erscheinende Monatsblatt «*Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten*» publizierte in seiner Dezemberrnummer den nachfolgenden Wortlaut eines tschechoslowakischen Zwangsarbeitsurteils:

«Die Bezirkskommission No. 13 in Brno für die Einweisung von Personen in Zwangsarbeitslager, die auf Grund des Paragraphen 3 des Gesetzes No. 247 vom 25. Oktober 1948 des bürgerlichen Gesetzbuches geschaffen worden ist, teilt Ihnen mit, daß Sie nach abgeschlossener Untersuchung und auf Grund des Paragraphen 2, No. 1, Abschnitt a und b des oben erwähnten Gesetzes für die Dauer von

zwei Jahren

in ein Zwangsarbeitslager eingewiesen werden, weil Sie eine in politischer Hinsicht unzuverlässige Person sind und eine Gefahr für das System der Volkdemokratie darstellen. — Auf Grund des Paragraphen 4 hat die Kommission beschlossen, daß Ihre Entlohnung gemäß dem Gesetz erfolgen wird. — Wir teilen Ihnen mit, daß die von uns auf Grund des oben erwähnten Gesetzes getroffene Maßnahme keine Strafe, sondern ein Mittel ist, um Sie zur Arbeit im Sinne der tschechoslowakischen Verfassung zu erziehen. — Gemäß Ihrem

Verhalten kann die von der Kommission festgesetzte Dauer Ihres Aufenthaltes in dem Lager verkürzt oder eventuell verlängert werden. — Sie können gegen die Entscheidung der Kommission innerhalb von 15 Tagen bei dem Innenministerium Berufung einlegen. — Gemäß Paragraph 5 des oben erwähnten Gesetzes hat die Berufung keine strafaufschiebende Wirkung.

Der Vorsitzende der Kommission: Josef Horak».

Ein zahlreiche Details enthaltender Artikel «Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei» im selben Monatsblatt schließt mit den Worten:

«Eines der tiefsten Geheimnisse in der ganzen russifizierten Tschechoslowakei betrifft die Gesamtzahl der Insassen dieser Lager. Zuverlässige Beobachter haben geschätzt, daß es ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Zwangsarbeit 3000 solcher Gefangener im Bezirk Brno gab. Bis zum September 1950 war die Zahl auf 11 000 gestiegen. Wir machen uns keiner Übertreibung schuldig, wenn wir behaupten, daß es in dieser kleinen ‚Volksdemokratie‘ heute mindestens 700 000 Gefangene gibt. Von je 100 Einwohnern der Tschechoslowakei befinden sich gegenwärtig nicht weniger als sechs in einem Zwangsarbeitslager. Und die Zahl steigt beständig, je mehr die Sowjetunion das Land in ihre Gewalt bekommt».

Unter dem Titel «Une nouvelle offensive de Moscou au Moyen-Orient?» publizierte «*Le Figaro*» in der Nummer vom 22. November nähere Angaben über eine Geheimkonferenz in Batum, unter der Leitung des Mitgliedes des russischen Politbüros Sußlow. Die Aufgaben der Konferenz werden wie folgt umschrieben: Schaffung von Pufferstaaten in Persisch-Aserbajdschan und Türkisch-Armenien — Auslösung von Unruhen in den einer Sympathie mit dem Westen verdächtigten Nachbarländern — Aufstachelung der miteinander rivalisierenden nationalen Aspirationen — Kampf gegen die «Ungläubigen» unter der Fahne des Islam und Anbieten der Hilfe der Sowjetunion an Israel.

Die in Moskau erscheinende Zeitung «*Trud*» gab in ihrer Nummer vom 27. Oktober 1950 folgende Schilderung der Rede eines Deputierten in einer Gewerkschaftsgruppe wieder:

«Wie aber leben die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern? Ihr Los ist Elend und Hunger. Das Wettrüsten in den kapitalistischen Ländern lastet schwer auf den Schultern der Werktätigen. In den Vereinigten Staaten werden 76 Prozent des Budgets für Rüstungszwecke aufgewendet, nur 0,8 Prozent dagegen für Zwecke der Volksbildung. — Den Kapitalisten gefällt es nicht, daß sich die Lage des Volkes in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr verbessert, daß die Sowjetmenschen ein glückliches und freudvolles Leben führen. Diese blutgierigen Ungeheuer wollen einen neuen Weltkrieg entfesseln. In Korea morden die amerikanischen Interventen jetzt schon Kinder, Frauen und Greise und brennen die Städte und Dörfer dieses friedliebenden Landes nieder. — Aber die Menschen guten Willens in der ganzen Welt wollen keinen Krieg. Sie kämpfen für den Frieden. Unter dem von der Sowjetunion hoch erhobenen Banner des Friedens marschieren alle, die nicht zerstören, sondern schaffen wollen, alle, denen das Glück der Kinder und Mütter am Herzen liegt».

In einem Augenblick, in dem *Mao Tse Tung* eine der wichtigsten Figuren auf dem politischen Schachbrett der Welt ist, rechtfertigt es sich, an das auf dem europäischen Festland kaum beachtete Bild zu erinnern, das «*The Observer*» in seiner Nummer vom 26. Februar 1950 von diesem Bauernsohn entworfen hat, der seinem verhaßten Vater merkwürdig ähnlich wurde:

«Schlau, hart und eigenwillig dehnte er seine kommunistischen Zellen und Provinzen wie sein Vater seine ärmlichen Äcker Morgen um Morgen über das Land aus, ohne auf sich oder andere Rücksicht zu nehmen». . . «Der Tod hat für Mao keine Schrecken. Während des zehnjährigen Bürgerkrieges machten beide Parteien nicht viel Federlesens. Todesstrafen waren an der Tagesordnung. Maos erste Frau ließ ihr Leben am feindlichen Marterpfahl. Seine zweite Frau fiel auf dem ‚langen Marsch‘ von einer feindlichen Kugel».

Der «Observer» betrachtet es als bezeichnend, daß Mao als Kommunist wie als Machthaber ein Selfmademan sei.

«Alle kommunistischen Diktatoren, auch Tito, wurden in Moskau ausgebildet. Mao war in den letzten drei Monaten zum ersten Mal in seinem Leben in Moskau, um als Gleichgestellter mit Stalin zu verhandeln». Die Zeitung sagt ferner: «Wenn auch noch nicht allzuviel über seine Herrschaft bekannt wurde, so unterscheidet er sich doch deutlich durch ihren Ursprung von den kommunistischen Regimen in Osteuropa. Diese verdanken ihr Dasein lediglich der Eroberung durch die Russen. Er verdankt seinen Sieg dem Bürgerkrieg und der Revolution. . . Wie diese zwei Männer (Mao und Stalin), jeder mit einem gewaltigen Reiche und unumschränkter Macht hinter sich, miteinander auskommen werden, bleibt abzuwarten. So viel steht aber schon fest, daß der jüngere von den beiden, Mao, seit langem gewöhnt ist, seine Entscheidungen selbst zu treffen. Er und Stalin sind die einzigen Kommunisten, die niemals der Parteidisziplin unterworfen waren».

Unter dem Eindruck des Eingreifens Chinas in den koreanischen Konflikt veröffentlichte «The Observer» in seiner Nummer vom 3. Dezember eine ernste Betrachtung über *Korea und die Weltgefahren*, die durch die offene Realistik auffällt, mit der die Fehler und die verbleibenden Möglichkeiten der westlichen Welt ausgewogen werden. Von zwei «ungeheuren Fehlern» der Alliierten geht der Aufsatz aus: «Der eine, den Mr. Churchill in seiner gewichtigen und klugen Rede hervorhob, daß wir demobilisierten und abrüsteten ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß Rußland nicht das gleiche tat. Der zweite, daß wir Deutschland und Japan in einem solchen Ausmaß schwächten — weit über den Punkt hinaus, der nötig war, um sie angriffsunfähig zu machen —, daß sie nicht mehr fähig waren, sich selbst zu verteidigen und ihre Rolle im Gleichgewicht der Weltkräfte zu spielen. Diese zwei Fehler haben Europa zeitweilig der Gnade Rußland und Asien der Gnade Chinas ausgeliefert. Wir haben jetzt verspätet begonnen, unsere Fehler zu revidieren. Das erfordert aber Zeit und Zeit muß zu einem bestimmten Preise erkaufte werden». Ein Krieg mit China, der die westlichen Kräfte in unermeßlicher Weise aufspalten würde, sei zu vermeiden. Denn der Verlust Koreas müsse nicht unbedingt tödlich sein, jedoch der Verlust Westeuropas. Wenn sich die chinesischen Friedensbedingungen so weit eindämmen lassen, daß die koreanische Unabhängigkeit gewahrt bliebe, so müsse dieser Preis gezahlt werden, um die äußersten Anstrengungen unternehmen zu können, die militärische Bereitschaft Europas auszubauen und seine Industriezentren zu sichern. Von dieser Aufgabe, die mit absolutem Vorrang zu behandeln sei und die wenigstens zwei Jahre erfordern werde, sollten wir uns durch keine Kräfteaufspaltung oder Provokation ablenken lassen. Keinesfalls dürfe sich der Westen wie wild auf den roten Angreifer stürzen und dabei den Nacken einem tödlichen Dolchstoß entblößen. Der Westen müsse alle Prestigerücksichten in den Hintergrund stellen und seine Kräfte darauf konzentrieren, die Bedrohung zu überstehen.

In der gleichen Nummer bringt der «Observer» den Mut auf, mit erprobtem britischen Einfühlungsvermögen die Vorgänge in Ostasien einmal vom chinesischen

Standpunkt aus zu betrachten und kommt dabei zu beachtenswerten Schlussfolgerungen. Während dreier Generationen sei China, eine alte und stolze Nation, von Fremden beherrscht gewesen. Dadurch hätte sich bei den Chinesen ein grenzenloses Mißtrauen allem Ausländischen gegenüber ausgebildet. Dies sei der Hintergrund der Vorgänge des letzten Jahres. Die amerikanische Weigerung, die chinesische Volksrepublik anzuerkennen und sie in die Vereinten Nationen aufzunehmen und die amerikanische Formosapolitik mußten von den Chinesen als feindlicher Akt angesehen werden. Gleichzeitig habe Peking die Propaganda geschürt, daß die USA die chinesische Volksrepublik angreifen wollen. Auch das hat das Mißtrauen fast unüberbrückbar werden lassen. Diese Ausführungen, die in der Forderung gipfeln, die in Mißkredit geratene Geheimdiplomatie müssen versuchen, die Beziehungen mit Peking wieder herzustellen, um den eisernen Vorhang des Mißtrauens abzureißen, haben jedoch die unausgesprochene Voraussetzung, daß Peking nicht in Gemeinschaft mit den Sowjets vorgeht, sondern seine eigenen Interessen vertritt.

DAS NEUE WIRTSCHAFTSRECHT

Vor bedeutsamen wirtschaftspolitischen Entscheidungen

Am ersten Dezembersonntag erhielt das Schweizervolk Gelegenheit, sich zur Finanz- und Steuerordnung des Bundes zu äußern, nachdem es während Jahren als bloßer passiver Teilhaber die Folgen obrigkeitlicher Verfügungen hatte ertragen müssen. Mit der Annahme der Finanzordnung wurden die Noterlasse, die bis dahin im Bereich der Bundesfinanzen gegolten hatten, durch Verfassungsrecht ersetzt, allerdings nur provisorisch für vier Jahre, aber mit dem Erfolg, daß vorläufig Finanzfragen aus der politischen Diskussion verschwinden.

Diese wird in der nächsten Zeit von der Gesetzgebung im wirtschaftlichen Bereich beherrscht. Während Jahrzehnten galten auch hier Not- und Dringlichkeitserlasse. Die *Revision der Wirtschaftsartikel* im Sommer 1947 schuf die Möglichkeit, sie durch ordentliches Recht zu ersetzen, soweit die tatsächlichen Verhältnisse staatliche Maßnahmen verlangen und die *Verpflichtung*, sie aufzuheben, sofern die Voraussetzungen dafür nicht mehr bestehen. Die Annahme der Initiative: «Rückkehr zur direkten Demokratie» versah die Verpflichtung mit einem *zeitlichen Imperativ*. Die eidgenössischen Räte haben denn auch beschlossen, alle Vollmachtenbeschlüsse bis Ende 1952 außer Kraft treten zu lassen, wenn sie nicht vorher durch Bundesbeschlüsse bestätigt worden sind.